



# NEWSLETTER BERLIN



## ULRICH KELBER BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER

Ausgabe 18/2003 71. gesamt

24.10.2003

### Die Rentenreform – eine harte, aber faire Entscheidung

Die Rentenreform 2003 ist die notwendige Konsequenz aus zwei großen politischen Fehlern der letzten zwanzig Jahre. Der schlimmste Fehler: Die Regierung Kohl konnte sich sechzehn Jahre lang trotz Wissen über die demographischen Veränderungen nicht zu strukturellen Reformen der Rentenversicherung durchringen und hat damit einen sanfteren Reformpfad mit mehr Zeit zur Umsteuerung verpasst. Die Regierung Schröder tat zwar 2000/2001 mit der Riesterrente als staatlich geförderten zusätzlichen privaten Absicherung einen richtigen und wichtigen Schritt, blieb aber auf halbem Weg bei den notwendigen Reformen stehen, da die demographische Entwicklung nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Das ändern wir jetzt mit dem Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel.

Nur zu Erinnerung: Ohne die Rentenreform des Jahres 2000/2001 und ohne die ökologische Steuerreform würde der Rentenbeitrag derzeit bei 21,3% statt bei 19,5% liegen. Der demographische Faktor, den die Regierung Kohl kurz vor ihrem Ende in die Rentenformel eingebaut hatte, hätte gerade 0,1% Rentenbeitragsenkung bewirkt, aber auch zu einer unsozialen Absenkung der Kleinstrenten geführt. Deswegen sind die aktuellen Anschuldigungen von Frau Merkel, die damals immer-

hin Teil der Regierung war, so unehrlich und ärgerlich.

Die Rentenversicherung steht von vier Seiten unter Druck: Drei Jahre ohne wirtschaftliches Wachstum haben die Einnahmen verschlechtert. Die erfreulich steigende Lebenserwartung erhöht die Ausgaben. Gegenüber 1960 bezieht ein Rentner heute 50% länger Rente, wenn er mit 65 in Rente geht. Voraussichtlich werden es 2030 durch die weiter steigende Lebenserwartung sogar 100% sein. Während 1960 auf jeden Rentenbezieher noch fünf Beitragszahler kamen, werden es 2030 nur noch zwei sein, weil seit Ende der 60er Jahre zu wenig Kinder geboren wurden. Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt heute bei knapp über 60 Jahren, jedes dieser fünf Jahre bedeutet eine Riesbelastung für die Beitragszahler.

Um die aktuellen Probleme durch das ausgebliebene Wirtschaftswachstum zu meistern, muten wir den Rentnern eine Nullrunde in 2004 zu. Die Erhöhung hätte sonst bei 0,5% bis 0,8% gelegen. Ein Rentner mit 800 Euro muss so auf 4 Euro bis 6,50 Euro brutto verzichten. Durch die Beibehaltung des Rentenbeitrags fördern wir den beginnenden Wirtschaftsaufschwung. Eine weitere Anhebung der Rentenbeiträge wäre angesichts der in vielen Betrieben gekürzten oder gestrichenen Weihnachts- und Urlaubsgelder Gift

für die Binnennachfrage gewesen.

Die Rentner müssen in Zukunft den vollen Betrag zur Pflegeversicherung übernehmen. Damit werden sie den Arbeitnehmern gleichgestellt, die ja 1997 auf einen Feiertag verzichten mussten, um die Pflegeversicherung zu finanzieren. Die Rentner werden mit dieser Entscheidung um 0,85% belastet. Für die Kleinstrenten gilt diese Belastung nicht, weil sie durch die 2001 eingeführte Grundsicherung diesen zusätzlichen Beitrag aufgestockt bekommen.

Neurentner erhalten in Zukunft die Rente am Monatsende und nicht mehr am Monatsanfang. Damit werden sie den meisten Angestellten gleichgestellt.

Am härtesten trifft die Rentenreform eigentlich die zukünftigen Rentner. Die Anrechnung von drei Ausbildungsjahren entfällt für alle, die nach 2005 in Rente gehen (Übergangsregelungen bis 2009). Das bedeutet, dass Neurentner mit einer akademischen Ausbildung gegenüber aktuellen Rentnern einen Verlust von knapp 60 Euro haben werden. Diese Regelung ist hart, aber fair, weil die akademische Ausbildung auch zu höheren Gehältern und damit einer höheren Rente führt. Die Anrechnung von Ausbildungszeiten einseitig für die Akademiker wird nämlich von den anderen Versicherten finanziert.

Die Lastenverteilung der Reform insgesamt ist fair, von einem Sonderopfer der Rentner kann keine Rede sein. Rentner und Beitragszahler teilen sich die Lasten, um die Rentenversiche-



Themen in dieser Ausgabe:

- Rentenreform
- Nachgelagerte Besteuerung
- Gerechte Steuerpolitik
- Termine
- Woche im Parlament

rung wieder auf eine sichere Basis zu stellen.

Die Regelungen sollen übrigens wirkungsgleich auf Pensionäre und Abgeordnete übertragen werden. Die Nullrunde 2004 für pensionierte Abgeordnete (und auch für die Aktiven) ist schon beschlossen, Abgeordnete zahlen schon die Pflegeversicherung voll, auch wir verlieren unsere Anrechnungszeiten für Ausbildungszeiten. Blicke noch die Verschiebung der Auszahlung der Pensionen zum Monatsende. Das müssen wir machen.

## Nachgelagerte Besteuerung wird sich entlastend auf Rentner auswirken

Die für 2004 geplante Nullrunde für Rentner stößt bei vielen Bürgern auf Empörung und Entsetzen. Doch auch wenn Rentner zukünftig stärker zur Kasse gebeten werden, wird der geplante Systemwechsel in der Besteuerung der Altersvorsorge auf eine Entlastung der Bürger hinauslaufen. Derzeit sparen die Deutschen noch für die Altersvorsorge aus ihrem versteuerten Einkommen und bleiben dafür als Rentner vom Fiskus verschont. Der geplante Systemwechsel soll jedoch dieses Prinzip komplett aufheben. Um einen Übergang reibungslos und gerecht zu gestalten und Bürger von einer Doppelbesteuerung zu verschonen, wird der Systemwechsel schrittweise in Kraft treten. Somit wird der Prozentsatz im Jahr 2005 auf 60 % der Rentenbeiträge gelegt und danach jährlich um 2 Prozentpunkte angehoben. 2025 kann dadurch das sogenannte Endstadium, in dem die Altersvorsorgebeiträge zu 100 Prozent von der Bemessungsgrundlage abgezogen

werden, erreicht werden. Für Rentner wird sich der Systemwechsel ebenfalls nur schrittweise bemerkbar machen. Ab 2005 müssen Rentner die Hälfte ihrer Bezüge versteuern und bis 2040 nimmt der Steueranteil für jeden Rentnerjahrgang um zunächst zwei, später dann einen Prozentpunkt zu. De facto müssen dann aber nur Extra-Einkommen, wie z.B. Kapitalanlagen, versteuert werden. Zusätzlich will das Finanzministerium die Privilegien für Kapitallebensversicherungen aufheben, um auch hier die staatlichen Steuervorteile zu beseitigen. Ein Sprecher der Verbraucherzentrale bewertete den Systemwechsel zur nachgelagerten Besteuerung als ein „Stück Gerechtigkeit“, da künftig nicht länger das erwartete, sondern das tatsächliche Einkommen in Alter besteuert wird. Also auch wenn die Nullrunde für viele als schmerzlich bewertet wird, werden Bürger in der Altersvorsorge zukünftig besser gestellt sein.

## Die Steuerpolitik ist sozial gerecht - Zahlen und Fakten

Alle Steuerreformmaßnahmen seit 1998 (incl. Vorziehen der 3. Stufe auf 2004) zusammen gerechnet, haben ein Entlastungsvolumen von 58,1 Milliarden Euro. Davon entfallen 3/4 auf die privaten Haushalte und 16,5 Mrd. € auf den Mittelstand. Die Kapitalgesellschaften werden dagegen um 1,5 Mrd. € mehr belastet.

Die 5,4 Prozent der Menschen mit den höchsten Einkommen in Deutschland (ab 80.001 € Jahreseinkommen) zahlen 43,8 Prozent des gesamten Einkommenssteueraufkommens. Die 37,1 Prozent der Steuerzahler mit einem Jahreseinkommen unter 20.000 € bezahlen 2,5 Prozent des gesamten Einkommenssteueraufkommens.

Die Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern und einen Jahreseinkommen von 30.000 € wird ab 2004 insgesamt 2.421 € mehr haben als noch 1998. Dies haben wir durch die Senkung des Eingangssteuersatzes, die Anhebung des Grundfreibetrages und insgesamt drei Kindergelderhöhungen geschafft. Zusätzliche Belastungen

etwa durch die Öko-Steuer sind durch die Senkung des Rentenversicherungsbeitrages aufgefangen worden. Die gesamte steuerliche Familienförderung ist gegenüber 1998 um 40,6 Prozent auf dann 36 Mrd. € erhöht worden.

Die Ausgaben für Bildung und Forschung, wichtigste Zukunftsinvestitionen für Deutschland, sind seit 1998 um 31 Prozent auf 9,6 Mrd. € (2004) angehoben worden. Durch das Zukunftsprogramm „Bildung und Betreuung“ zur Förderung von Ganztagschulen werden in den nächsten Jahren vier Mrd. € investiert, um Frauen die Entscheidung für Familie und Beruf zu erleichtern.

Mit der Bafög-Reform erhalten heute über 81.000 mehr Studenten eine Förderung als vor der Reform. Auch dies ist eine wichtige Investition ins unsere Zukunft



„Kommunalwahlkampf Brandenburg à la Schönbohm“

Karikatur: Klaus Stuttmann

### Termine Ulrich Kelber:

**28.10.03, 16.30 bis 18.30 –**  
Bürgersprechstunde  
im Wahlkreisbüro, Clemens-  
August-Str. 64, Tel: 280 31 35

**18.11.03, 16.30 bis 18.30 Uhr -**  
Bürgersprechstunde  
im Wahlkreisbüro, Clemens-  
August-Str. 64, Tel: 280 31 35



## LANDWIRTSCHAFT

### Waldzustandsbericht 2002

Damit die Wälder ihre vielfältigen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen nachhaltig erfüllen können, müssen sie ökologisch stabil sein. Mit einer naturnahen Waldbewirtschaftung können Wälder eine hohe Widerstandskraft gegen Witterungsextreme, Schaderreger und Schadstoffeinträge entwickeln und produktiv bewirtschaftet werden.

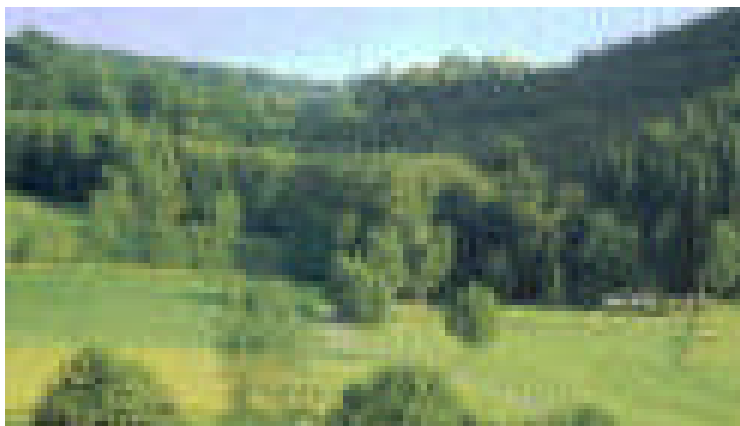
Das Schadniveau ist seit 1995 nahezu unverändert. Während sich die Luftqualität verbessert hat, ist – gemessen an der Belastbarkeit der Ökosysteme – noch kein befriedigender Zustand erreicht worden.

Nach dem letzten, sehr trockenen Sommer in Deutschland ist abzu-sehen, dass sich die Situation des deutschen Waldes kaum verbessern wird. Ganze Kulturen und Jungbe-stände sind abgestorben, andere durch massen-haftes Auftreten der Borkenkäfer geschädigt.

Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert

- Schadstoffemissionen weiter zu reduzieren
- die Nutzung erneuerbarer Energien, gerade auch von Biomasse zu fördern
- die Forstwirtschaft betreffende Gesetze in dem Bundeswaldgesetz zu vereinfachen
- verbindliche Mindeststandards für die naturnahe Waldbewirtschaftung zu definieren
- eine kontrolliert ökologisch-soziale Waldzertifizierung zu unterstützen
- das 5-Punkte-Programm zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes umzusetzen.

Außerdem sollen die Bedingungen für die Forst- und Holzwirtschaft verbessert werden. Dazu wird die Bundesregierung im Dezember die Ergebnisse der Arbeitsgruppen „Charta Holz“ präsentieren. Mehr als 700.000 Arbeitsplätze hängen an diesem wichtigen Wirtschaftszweig. Das sind mehr als in der chemischen Industrie, im Kohlebau und in der Stahlerzeugung zusammen.



## TOURISMUS

### Tourismuspolitischer Bericht

Der Tourismus zählt zu den wirtschaftlichen Schwergewichten unserer Volkswirtschaft. Er trägt zu mehr als einem Zwölftel zum Bruttoinlandsprodukt bei. Rund 2,8 Millionen Arbeitsplätze hängen direkt und indirekt vom Tourismus ab. Über 100.000 junge Menschen finden in der Tourismuswirtschaft ihren Ausbildungsplatz.

Die deutsche Tourismuswirtschaft ist weitgehend mittelständisch geprägt. Reiseveranstalter, Busun-

ternehmen, Campingplatzbetreiber, Hotels und Gastronomiebetrie-be stellen das Gros der touristischen Betriebe. Unter den international tätigen Reiseveranstaltern sind aber auch Touristikkonzerne, die zu den weltgrößten Tourismusunternehmen gehören.

### **Tourismuspolitik**

Eckpfeiler der Tourismuspolitik ist die Bewerbung Deutschlands als Reise- und Urlaubsziel im Ausland. Zu den wirtschaftspolitischen Gestaltungsfeldern, die die Tourismuswirtschaft maßgeblich betreffen, zählt neben der Steuerpolitik vor allem die allgemeine Mittelstandspolitik. Speziell der Tourismuswirtschaft zugute kommen die im Bundeshaushalt vorgesehenen Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) und zur „Leistungssteigerung im Tourismusgewerbe“.

### **Ziele und Instrumente**

Die Zuwendungen für die Tourismuszentrale dienen der Präsentation Deutschlands als Urlaubs- und Reiseland. Mit den Haushaltsmitteln für die Leistungssteigerung werden u.a. folgende Ziele verfolgt:

- Qualität der touristischen Produkte verbessern;
- Qualifikation der Beschäftigten erhöhen;
- bei Strukturveränderungen Hilfestellung geben und
- mehr Nachhaltigkeit und im Tourismus erreichen.



## AUSSEN

### Erweiterter ISAF-Einsatz beschlossen

**Der Deutsche Bundestag hat am Freitag mit großer Mehrheit der Ausweitung des Einsatzes der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe für Afghanistan (ISAF) zugestimmt.**

Der UN-Sicherheitsrat hatte am 13. Oktober einstimmig eine von Deutschland eingebrachte Resolution verabschiedet, nach der ISAF-Soldaten nicht nur in Kabul, sondern darüber hinaus einsetzbar sein sollen. Derzeit ist der Einsatz der 1.800 deutschen Soldaten auf die Hauptstadt Kabul begrenzt.

Die 230 bis 450 zusätzlichen Bundeswehrsoldaten sollen jetzt den Wiederaufbau in Kunduz absichern. Zunächst soll ein Vorauskommando mit 70 Soldaten in die nordafghanische Region entsandt werden. Die komplette Bundeswehreinheit soll im Frühjahr in Kunduz stationiert sein.

### **Einsatz erstmals unter dem Dach der UN**

Bislang arbeiteten alle Wiederaufbauteams unter dem Anti-Terror-Mandat „Enduring Freedom“. Das deutsche Team wird als erstes nach dem Beschluss des UN-Sicherheitsrats unter dem Kommando der Internationalen Schutztruppe in Afghanistan (ISAF) stehen und damit unter UN-Dach operieren.

### **Ziele des Einsatzes in Kunduz**

Afghanistan ist nach dem Krieg gegen die radikal-islamischen Taliban vom Winter 2001 im Wiederaufbau begriffen. Die Autorität der Übergangsregierung ist noch immer stark eingeschränkt. Die regionalen Wiederaufbauteams in Afghanistan sollen mehr Sicherheit in die Provinzen tragen und den Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes vorantreiben. Sie sollen auch die im Juni 2004 geplanten ersten freien Wahlen in Afghanistan absichern.



## AUSSEN

### Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Grüne setzen sich weiterhin für multilaterale, rechtlich verbindliche Abkommen zur Kontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen ein. Ein Kernanliegen zukünftiger Abrüstungspolitik muss die Sicherung von atomaren, chemischen oder biologischen Stoffen vor unbefugtem Zugriff z.B. durch Terroristen sein.

### **Abrüstung und kooperative Rüstungskontrolle**

Die vorhandenen Maßnahmen zur Rüstungskontrolle müssen gestärkt werden und multilaterale Abkommen auf alle Staaten ausgeweitet werden. Die Gefahr des Missbrauchs technologischer Entwicklungen erfordert neue, moderne Kontrollinstrumente. Versuche, die Einhaltung von vertraglichen Regeln gewaltsam und außerhalb des Völkerrechts durchzusetzen, zerstören dabei eine Grundlage ko-

operativer Rüstungskontrolle.

### **Vermittlungserfolge im Iran begrüßt**

In der Abrüstungsdebatte würdigten alle Fraktionen den europäischen Vermittlungserfolg im Atomstreit mit Iran als vorbildhaft für das Bemühen um nukleare Rüstungs-

kontrolle. Außenminister Joschka Fischer und seine britischen und französischen Amtskollegen hatten am Montag die iranische Regierung zur Gewährung weitgehender Atomkontrollen bewegt.

Uta Zapf sagte, das Modell der Vermittlungsdiplomatie im Iran könne auch als Vorbild für die Lösung des Streits um das Atomprogramm in Nordkoreas dienen. Das Einlenken Irans sei ein „großartiger Erfolg einer weisen Dialog- und Verhandlungsdiplomatie“.



## SOZIALES

### Integration Schwerbehinderter ins Berufsleben

Am Freitag stand in 1. Lesung der Gesetzentwurf der Koalition zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen zur Debatte im Plenum. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurde, u.a. mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter, ein Meilenstein in Richtung Integration ins Berufsleben gesetzt.

Dank der bisherigen Gesetzesänderungen und einer breit angelegten Beschäftigungsinitiative zeigen sich nun – drei Jahre später - Verbesserungen für die Situation Schwerbehinderter. Die Koalition will diesen Weg weiter beschreiten.

#### **Erfolgreiche Integration wird fortgesetzt**

Der Gesetzentwurf enthält die Festlegung einer Beschäftigungsquote von fünf Prozent. In der letzten Gesetzesänderung wurde diese Quote von vorher sechs zunächst befristet um ein Prozent herabgesetzt, um die Motivation der Arbeitgeber bei der Beschäftigung zu steigern. Eine dauerhafte Senkung hing von dem Ziel einer 25%igen Reduzierung der Arbeitslosenquote innerhalb von drei Jahren ab. Mit etwa 24% weniger arbeitslosen Schwerbehinderten im Oktober 2002 wurde die Hürde nur knapp verfehlt, eindeutig ein Erfolg! Deshalb sieht der Gesetzentwurf eine Beibehaltung der verringerten Quote vor.

Ein weiterer Punkt ist der Ausbau der Integrationsfachdienste. Als Hauptansprechpartner für die Betriebe soll in den Integrationsämtern eine verbesserte Beratung und Information stattfinden, um eventuelle Einstellungshemmnisse zu beseitigen.

Der Gesetzentwurf wurde nun an den federführenden Ausschuss Gesundheit und Soziale Sicherung verwiesen.

## AKTUELLE STUNDE

### Dosenpfand ökologisch sinnvoll

Eine von der Unionsfraktion beantragte Aktuelle Stunde am Mittwoch bot Gelegenheit zu einer erneuten Debatte über das Dosenpfand. Die Redner der Koalition wiesen den Vorwurf, Umweltstaatssekretär Rainer Baake habe erklärt, die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch das Dosenpfand sei politisch gewollt, als absurd und diffamierend zurück. Diese Behauptungen hatte das Ministerium bereits eine Woche zuvor zurückgewiesen.

SPD und Grüne nutzten die Gelegenheit, noch einmal die Verweigerungshaltung der Union und von Teilen des Handels und der Industrie in Sachen Dosenpfand anzuprangern.

#### **Pfand ist gut für die Umwelt**

Auch das EU-Verfahren zum Dosenpfand bedeute keine Infragestellung der Regelung, betonte Umweltminister Jürgen Trittin. Vielmehr habe die zuständige EU-Kommissarin Wallström erklärt, die Kommission sei nicht gegen das Pfandsystem. Es sei gut für die Umwelt.

Ulrike Mehl, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, rief die Union zu verantwortlichem Handeln auf. Sie warf der Opposition vor, die Pfandregelung im Bundesrat "auszusitzen". Einen eigenen Vorschlag für eine ökologisch sinnvolle Verpackungsregelung habe die Opposition ebenfalls nicht vorgelegt. Vielmehr sei die nun in Kraft gesetzte Verpackungsregelung, das so genannte "Töpfer-Pfand" von der Kohl-Regierung erdacht worden.

Ulrike Mehl forderte Union und FDP auf, ihren Beitrag dazu zu leisten, dass die neue Verpackungsverordnung im Bundesrat beschlossen werden kann. "Wenn Sie das tun, dann hätten Sie endlich einmal etwas Konstruktives getan", rief sie der Opposition zu.

#### **Kontakt:**

Bundestagsbüro Berlin  
Platz der Republik 1 (UdL 50)  
11011 Berlin

Tel: 030 – 227 700 26

Fax: 030 – 227 76 008

Email: [ulrich.kelber@bundestag.de](mailto:ulrich.kelber@bundestag.de)

Internet: [www.kelber.de](http://www.kelber.de)

SPD-Bürgerbüro Bonn  
Clemens-August-Str. 64  
53115 Bonn

Tel: 0228 – 280 31 35

Fax: 0228 – 280 31 36

Email: [ulrich.kelber@wk.bundestag.de](mailto:ulrich.kelber@wk.bundestag.de)